

Trumps Druck auf Kuba wächst – die Lage spitzt sich zu

25 Apr. 2026 18:09 Uhr

Wird Kuba zum Schlachtfeld des nächsten völkerrechtswidrigen US-Angriffskriegs? Entsprechende Vorbereitungen hat das Weiße Haus bereits befohlen. Hinter den Kulissen laufen militärische Planungen, während Sanktionen und Blockade den Druck erhöhen. International wächst die Kritik an Washingtons Kurs.



© Bruno Rijsman, CC BY-SA 2.0 , via Wikimedia Commons
Havanna, Kuba

Von Rainer Rupp

Fast drei Monate sind vergangen, seit US-Präsident Donald Trump die US-Marine angewiesen hat, die Schifffahrt zu und aus kubanischen Häfen zu unterbinden. Diese Blockade hatte er still und leise, ohne seine sonst üblichen großspurigen Ankündigungen befohlen – keine Erklärung, keine Vorab-Diskussion mit dem Senat. Er hat einfach gehandelt, wie es – laut *Washington Post* – seine "autokratische Art ist".

Tatsächlich stoppt die US-Küstenwache seit Anfang Februar 2026 Öltanker auf dem Weg zur Karibikinsel. Proteste gegen diese eklatante US-Verletzung der Freiheit der Schifffahrt sind bisher von den europäischen Vasallen der USA ausgeblieben. Umso lauter ist jedoch das Gezeter der Europäer gegen Iran wegen der Behinderung der Freiheit der Schifffahrt, weil sich das Opfer des brutalen, unprovzierten amerikanisch-zionistischen Angriffskriegs in seiner Not mit der Schließung der Straße von Hormus wehrt. Irans Absicht dahinter war, über die von der Schließung betroffenen Öl- und Gasproduzenten auf der Arabischen Halbinsel, ebenso wie über die von den ausbleibenden Energielieferungen betroffenen US-Verbündeten, Druck auf die Aggressoren-Clique in Washington

auszuüben, um noch Schlimmeres – wie eine in eine Depression geratene Weltwirtschaft – zu verhindern.

Der vorläufige Gipfel der US-Scheinheiligkeit wurde vergangene Woche erreicht. Während das Weiße Haus vor Kuba die Freiheit der internationalen Schifffahrt mit Füßen tritt und verhöhnt, beruft es sich ausgerechnet auf die Freiheit der Schifffahrt, um von Iran die Aufhebung seiner teilweisen Schließung der Straße von Hormus zu fordern. Dort sind nur Schiffe der USA, Israels und anderer US-Verbündeter oder Unterstützer des völkerrechtswidrigen US-Angriffskriegs von der Durchfahrt ausgeschlossen. Und nun will Washington von Iran die Öffnung der Straße erzwingen, damit auch die Kriegsschiffe des US-Aggressors passieren können.

Um noch mehr Druck auf Iran auszuüben, hat der Präsident des größten Schurkenstaates der Welt auch noch die Seeblockade über alle iranischen Häfen angeordnet und bereits ein iranisches Handelsschiff beschossen und nach Piratenmanier gekapert. Das alles geschah als Begleitmusik für die zweite geplante Runde der US-iranischen Friedensverhandlungen in Pakistan, die dann auch prompt nicht zustande kam, denn niemand, der wirklich einen Frieden will, verhält sich wie das gesetzlose US-Piraten-Regime, das bereits in der Karibik einen weiteren Waffengang plant: gegen Kuba.

Nach der gewaltsamen und sehr blutigen Entführung von Venezuelas demokratisch gewähltem Präsidenten Nicolás Maduro in ein amerikanisches Gefängnis in New York und nach dem völkerrechtswidrigen US-Zio-Angriffskrieg gegen Iran hatte Trump höchstpersönlich unverblümt gesagt: "Kuba ist als Nächstes dran [...] Ob ich es befreie oder nehme – ich glaube, ich kann damit machen, was ich will", soll er gegenüber Reportern geäußert haben. Zugleich gibt es US-Medienberichte wie diesen: "Pentagon beschleunigt Militärplanung gegen Kuba für den Fall, dass Trump eine Intervention anordnet", da Trump gesagt habe, dass "die USA auf der Insel vorbeischaun könnten". Das [berichtete](#) am 15. April 2026 das Internetportal www.aa.com.tr unter Berufung auf *USA Today*.

Unter Führung seines Chefs Pete Hegseth, der sich selbst zum "Kriegsminister" der USA ernannt hat, scheint das Pentagon jetzt entlang der einstigen großdeutschen Maxime aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zu operieren, nämlich "Viel Feind, viel Ehr". Denn glaubhaften Berichten zufolge will man in Washington nicht länger warten, bis die um Kuba herum mit US-Kriegsschiffen errichtete Seeblockade den Regierungsumsturz in Havanna herbeiführt, weshalb man mit gezielten militärischen Maßnahmen auf der Insel den Regimewechsel beschleunigen will.

Seit Beginn der US-Blockade konnte nur ein Schiff, ein russischer Tanker mit knapp 730.000 Barrel Rohöl, am 31. März unbehindert einen kubanischen Hafen anlaufen. Für die kubanische Bevölkerung war es lediglich eine Atempause in einer Treibstoffkrise. Das ist in Kuba, das seit Jahrzehnten unter US-Sanktionen aller Art leidet, nichts Neues, nur dass diesmal die Treibstoffkrise besonders schlimm ist und parallel zu anderen akuten wirtschaftlichen Problemen auftritt, die nicht nur Kuba, sondern aktuell auch andere Länder des Globalen Südens treffen.

Die sichtbaren Folgen der aktuellen Krise in Kuba sind dramatisch: landesweite Blackouts, leere Tankstellen, kollabierende Stromnetze und ein Gesundheitssystem am Rande des Zusammenbruchs. Die "2026 Cuban Crisis", wie sie bereits in der US-Propaganda-Datenbank Wikipedia bezeichnet wird, ist keine Naturkatastrophe, sondern das Ergebnis einer gezielten US-Politik. Trump hat mit einer [Executive Order](#) vom 29. Januar Kuba zur "ungewöhnlichen und außergewöhnlichen Bedrohung" für die nationale Sicherheit der USA erklärt.

Die Begründung für die Blockade war: Kubas angebliche Spionagekooperation mit Russland und China sowie Unterstützung für "feindliche Akteure". Das ist natürlich ein fadenscheiniger Vorwurf, der genauso wenig Hand und Fuß hat wie all die vorangegangenen Anschuldigungen, mit denen aufeinanderfolgende US-Präsidenten ihr verbrecherisches, völkerrechtswidriges Handeln vor der eigenen Bevölkerung sowie international vor ihren Vasallen rechtfertigen wollten. Der akademische Experte für Nachrichtendienste von der "American University", Professor William LeoGrande, bezeichnete Trumps Vorwurf gegen Kuba als sehr dünn: "Wenn Spionage allein ausreichte, um einen Krieg zu rechtfertigen, wäre die Welt ständig im Krieg – denn alle spionieren alle aus."

Parallel zu seinen Kriegsvorbereitungen sondierte das Weiße Haus laut [The Atlantic](#) in Gesprächen mit der Familie des kubanischen Ex-Präsidenten Raúl Castro nach angeblich "gemäßigten" Kräften, die die Amerikaner in Havanna an die Macht bringen wollen, um dort ein gefügigeres Regime zu installieren, das den US-Interessen entgegenkommt.

Kritiker von Trumps "Maximum Pressure"-Feldzug gegen Kuba sprechen längst von einem "Kriegsverbrechen". Die US-Sanktionen und die Treibstoffblockade werden als kollektive Bestrafung der Zivilbevölkerung gewertet – ein Verstoß gegen die Genfer Konventionen. In einem Kommentar der *Los Angeles Times* heißt es: "Das ist kein Schritt zur Beendigung der Blockade, sondern die Fortsetzung einer Politik, die Zivilisten hungern und sterben lässt." Regierungskritische Stimmen wie David Adler von "Progressive International" warnen: "Das ist kein Probealarm. Trump bereitet einen weiteren illegalen Krieg gegen Kuba vor, um die Miami-Mafia zu besänftigen." Auf X (ehemals Twitter) wird die Blockade als "wirtschaftliche Bombardierung" und "Akt des Krieges" gebrandmarkt. Die demokratische Abgeordnete Pramila Jayapal und 50 weitere Kongressmitglieder forderten in einem Brief an Trump ein Ende der "gescheiterten Politik" gegen Kuba, die eine humanitäre Katastrophe verschärfe. Für mehr Details siehe: commondreams.org.

Kuba selbst versucht, mit begrenzten Reformen gegenzusteuern: Exil-Kubaner sollen künftig Immobilien und Unternehmen auf der Insel besitzen dürfen. Doch US-Sanktionen verhindern praktisch jede Investition. US-Experten erinnern an Venezuela: Selbst Ölkonzerne zögern, in ein Land zu investieren, dessen Zukunft unsicher ist. Statt echter Demokratie fördert Trump offenbar willfährige Autokraten.

International wächst der Widerstand. Mexiko, Spanien und Brasilien fordern in einer gemeinsamen Erklärung "aufrichtigen Dialog" zur Beendigung der humanitären Krise in Kuba. China hat Hilfe zugesagt und verurteilt die "unmenschlichen Maßnahmen". Besonders deutlich positioniert sich Russland. Außenminister Sergei Lawrow erklärte am Rande von Gesprächen mit Xi Jinping: "Natürlich unterstützen wir Kuba wie die Volksrepublik China – politisch in den Vereinten Nationen und anderen Foren, wirtschaftlich und humanitär. Wir haben den ersten Tanker mit 100.000 Tonnen Öl geschickt und werden die Hilfe fortsetzen." Er warnte vor einer Rückkehr zu "kolonialen Kriegen" und betonte, dass nicht Kuba den Dialog verweigert habe, sondern Washington. Kremlsprecher Dmitri Peskow ergänzte: "Moskau ist bereit, Havanna jede mögliche Unterstützung zu leisten." Russland sieht in der Blockade einen Angriff auf seine Verbündeten und koordiniert mit Peking eine Gegenstrategie. (siehe das [Interview](#) mit Sergei Lawrow zu diesem Thema auf YouTube).

Die historische Parallele ist unübersehbar: Seit der Kubakrise im Jahr 1962 versucht Washington, das sozialistische Experiment 90 Meilen vor Florida zu ersticken. Unter Obama gab es eine vorsichtige Öffnung, Trump machte sie rückgängig, Biden beließ es weitgehend dabei. Nun die Radikalisierung. Die "Maximum-Pressure"-Strategie – angeblich mit Erfolg gegen Iran und Venezuela erprobt – soll nun die Einflusssphären Russlands und Chinas auf der westlichen Halbkugel zurückdrängen. Doch sie produziert

nur Chaos und menschliches Leid: Tausende Kubaner flüchten, die Wirtschaft liegt am Boden, das Regime verhärtet sich.

Kritiker wie Professor LeoGrande warnen: Eine militärische US-Intervention würde nach den Desastern im Irak und Afghanistan wenige Unterstützer finden. Die US-Öffentlichkeit wolle nicht länger Demokratie "mit der Waffe in der Hand" anderen Ländern aufzwingen, so der Professor. Stattdessen riskiere Trump genau das, was er vorgeblich bekämpft: Instabilität, Flüchtlingsströme und eine Stärkung antiamerikanischer Allianzen in Lateinamerika. Die Blockade erzeuge zwar kurzfristig Druck in und auf Kuba, langfristig werde sie jedoch das Regime eher stabilisieren als stürzen.

Tatsächlich untergräbt Trumps Politik auch noch den letzten Rest der Glaubwürdigkeit Amerikas als Verteidiger von Recht und Freiheit. Ob Kuba wirklich als "Nächstes" dran ist, wird jedoch nicht nur von Trumps Launen abhängen, sondern hauptsächlich vom Ausgang des US-Zio-Kriegs gegen Iran, den Washington bereits verloren hat, selbst wenn es die Fakten nicht eingestehen will. Die Glaubwürdigkeit der einstigen globalen Softpower der US-Außenpolitik ist dahin. Die USA werden nun weltweit ungeschminkt als brutaler Hegemon gesehen, der Demokratie predigt und gleichzeitig Hunger als Waffe gegen ganze Völker einsetzt. Russland, China und die BRICS tun das Ihrige, um die Welt daran zu erinnern, dass imperiale Übergriffe Konsequenzen haben.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.